

19 Neues in der Causa "Pratervorplatz: Die Staatsanwaltschaft wurde bereits eingeschaltet!

Nach dem peinlichen und blamablen Schauspiel, das die Vertreter der Regierungsparteien in koalitonärer Manier im Wiener Wirtschaftsparlament abgehalten haben, kommt nun doch wieder Leben in diese Angelegenheit. Der Staatsanwalt hat sich eingeschaltet und es wurde bereits ein unabhängiger Gutachter bestellt.

Zur Erinnerung: Die Fachliste hat in einem Antrag gefordert, die Wiener Wirtschaftskammer möge sich dafür einsetzen, daß die Wiener Stadtregierung den beim Konkurs des Generalunternehmers vom Pratervorplatz unschuldig zum Handkuss gekommenen Unternehmern helfen soll. Im Vorfeld der Sitzung wurde uns seitens der anderen Fraktionen zu dieser Initiative gratuliert, die Abstimmung hingegen war für Unternehmervertreter mehr als peinlich.

Da haben sich die Kollegen vom Wirtschaftsbund der Stimme enthalten. Scheinbar war Ihnen das Thema, 200 geschädigten Unternehmern helfen zu wollen, nicht wichtig genug. Und die Kollegen vom sozialistischen Wirtschaftsverband waren dagegen. Sie waren dagegen, den von der Pleite des Generalunternehmers betroffenen Unternehmern zu helfen. Auch die Begründung war eher kurios: Vizepräsident Strobl meinte, es wäre ohnehin schon im Landtag darüber diskutiert worden.



Nun hat der Gutachter im Auftrag des Gerichtes zu untersuchen, ob aus "wirtschaftskundlicher Sicht" die Voraussetzungen nach den §§ 153 (Untreue), 156 (betrügerische Krida) und 159 STGB (grob fahrlässige Beeinträchtigung von

Gläubigerinteressen) erfüllt sind. Eine Vermutung, die nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Wobei sich die Frage stellt, warum überhaupt ein derartiges Konstrukt von Firmenverflechtungen gewählt wurde.

Interessant wird auch die Feststellung sein, warum an eine in DELAWARE (USA) ansässige Consultingfirma namens "Emerging Business Consulting LLC" Beträge in Prozent vom Auftragswert gezahlt werden mußten? Und wie es sein kann, daß diese Beträge auf ein Konto bei einer Wiener Bank einbezahlt wurden? Bezahlt wurde für Beratungsleistungen - zumindest auf Papier. Die Beratung vor Ort erfolgte nämlich durch Mitarbeiter der Explore5D.

In einem Zeitungsbericht war zu lesen, daß ein betroffener Unternehmer erzählte, die Einstellung der vereinbarten Zahlungen an diese Firma hätte keinerlei Folgen gehabt. Was für ihn den Schluss nahelege, daß hinter Emerging Business Consulting die Gesellschafter von Explore 5D stünden, die steuersparend Gelder nach Delaware, das als "Liechtenstein" der USA gilt, transferieren ließen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Aussendung der SPÖ Wien, namentlich von Harry Kopietz. In der Aussendung vom 14. Sept. 2008 heißt es unter anderem wörtlich: " ... Den von der Insolvenz betroffenen Subunternehmern hat Bürgermeister Häupl Unterstützung zugesagt. Es wird alles getan, damit dort kein existenzieller Schaden für die kleinen Unternehmer entsteht." - Zitat Ende!

Kann man eigentlich die Einlösung derartiger Versprechen einfordern? Letztendlich ist es ja genau das, was die FACHLISTE in der Dezembersitzung des Wiener Wirtschaftsparlamentes gefordert hat. Nämlich dafür zu sorgen, daß den betroffenen KMU kein Schaden entsteht. Und wenn dann 60% der zustehenden Gelder nicht bezahlt werden, dann kann man doch schon von einem entstandenen Schaden sprechen, oder? Jedenfalls wird die FACHLISTE die betroffenen Unternehmer weiter informieren und darüber berichten!